

**ANTWORTEN DER CDU BERLIN  
AUF DIE WAHLPRÜFSTEINE  
DER DEUTSCH-ISRAELISCHEN  
GESELLSCHAFT BERLIN-  
BRANDENBURG E.V.**

**ZUR ABGEORDNETENHAUSWAHL 2023**

**1. Berlin hat bisher keine Städtepartnerschaft mit einer israelischen Stadt. Werden Sie dies ändern und welche Stadt würden Sie favorisieren?**

**Antwort:**

Es gibt bereits zahlreiche sehr lebendige Partnerschaften zwischen Berliner Bezirken und Städten in Israel. Hier gilt es insbesondere den Austausch von Jugendlichen weiter zu befördern. Außerdem setzen wir uns für eine Städtepartnerschaft zwischen Berlin und Jerusalem ein, um zwischen diesen beiden Metropolen ein besonderes Band zu knüpfen. Dies wäre nicht nur ein starker Impuls für eine immer tiefere Freundschaft, sondern zugleich auch ein deutliches Signal in die Vergangenheit und eine Brücke in die Zukunft. Es ist höchste Zeit, den kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Austausch zwischen Berlin und Jerusalem besser zu fördern. Ein wichtiger Bestandteil der Partnerschaft könnte ein Jugendaustauschprogramm sein.

**2. Sollte Berlin stärker mit israelischen Einrichtungen der Kultur und der Wissenschaft kooperieren und welche konkreten Vorschläge haben Sie dazu?**

**Antwort:**

Die einmaligen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel sind uns Verpflichtung und Ansporn zugleich. Wir wollen auf dieser festen Basis unsere enge und freundschaftliche Zusammenarbeit mit Israel in verschiedenen Bereichen weiter ausbauen, das gilt für den zivilgesellschaftlichen, politischen und kulturellen Austausch ebenso wie die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Forschungs- und Bildungskooperation.

**3. Im Mai jährt sich die Gründung des Staates Israel zum 75. Mal. In welcher Form werden Sie sich dafür einsetzen, dass dieses Ereignis auch in Berlin angemessen gewürdigt wird?**

**Antwort:**

Der 75. Jahrestag der Gründung des Staates Israel soll Anlass sein, unsere Solidarität und Freundschaft mit Israel zu bekräftigen. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass dieser Tag angemessen in Berlin begangen wird, gegebenenfalls auch im Parlament.

**4. Immer wieder kommt es in Berlin zu antisemitischen Vorfällen: Schmierereien, Bedrohungen, Angriffe. Was werden Sie tun, um Polizei, Staatsanwaltschaft und Zivilgesellschaft dagegen zu stärken?**

**Antwort:**

Wer antisemitischen Hass verbreitet, muss die volle Härte des Rechtsstaats zu spüren bekommen. Im Zehn-Punkte-Plan „Kampf gegen Antisemitismus“ schlagen

wir dafür konkrete Maßnahmen vor: Der Unterbindungsgewahrsam soll bei stadtbekanntem Antisemitismus vor Demonstrationen angewandt und antisemitische Straftaten nach ihren Erscheinungsformen differenziert erfasst werden. Die „Öffentliche Ordnung“ muss wieder als Schutzgut in das Berliner Versammlungsfreiheitsgesetz aufgenommen werden, um antisemitische Demonstrationen rechtssicher verbieten oder auflösen zu können. Berlin soll sich mit Bundesratsinitiativen dafür einsetzen, dass antisemitische Beweggründe bei der Strafbemessung grundsätzlich als strafverschärfend gelten und die BDS-Bewegung verboten werden kann. Die Arbeit der freien Träger gegen den Antisemitismus ist fortzusetzen und langfristig abzusichern.

**5. In den Schulen grassiert neuer, oft unbedachter, israelbezogener Antisemitismus. Was werden Sie speziell im Bildungsbereich tun, um junge Menschen dagegen immun zu machen?**

**Antwort:**

Den Schulen kommt eine Schlüsselverantwortung für die Bekämpfung von Antisemitismus zu. Antisemitismusprävention muss verbindlicher Bestandteil der Ausbildung von Lehrkräften, Erziehern und Pädagogen sein. Wir fordern seit langem einen Antisemitismusbeauftragten an jeder Schule. Wir werden eine Meldepflicht der Schulen für antisemitische Vorfälle sowie Übergriffe aus anderen religiösen Motivationen konsequent durchsetzen. Außerdem müssen die politische Bildung und Demokratieerziehung dringend gestärkt werden: Unsere Schüler müssen über den historischen Nationalsozialismus und über antisemitische und rassistische Denk- und Verhaltensmuster umfassend aufgeklärt werden. Deswegen fordern wir schon seit langem verpflichtende Besuche von Gedenkstätten und Erinnerungsorten und wollen auch den Nahostkonflikt im Rahmenlehrplan der Oberstufe fest verankern.

**6. Bei den so genannten Al-Quds-Demonstrationen wird alljährlich Israel-Hass und Antisemitismus verbreitet. Werden Sie dafür sorgen, dass diese Demonstration in Berlin künftig verboten wird und werden Sie das Verbot durchsetzen?**

**Antwort:**

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass auf dem Al-Quds-Marsch unter vermeintlich friedlichen Mottos Hass und Hetze gegenüber jüdischem Leben verbreitet wird. Dem stellen wir uns entschlossen entgegen. Es ist für uns vollkommen unverständlich, dass der Berliner Senat bisher nicht entschieden gegen Hassdemonstrationen wie den Al-Quds-Marsch vorgegangen ist. Wir setzen uns für ein Verbot des antisemitischen Al-Quds-Marsches ein und werden alle notwendigen Maßnahmen treffen, um den Al-Quds-Marsch rechtssicher in Berlin zu unterbinden.